

Bayr: Solarenergie wäre demokratische und nicht privatisierbare Alternative weltweit =

Wien (SK) "Die Flutkatastrophe im Indischen Ozean hat gezeigt, wie sehr die Umwelt unser Leben beeinflussen kann. Die Experten sind sich aber auch einig, dass bei einer intakteren Umwelt die Ausmaße nicht so groß gewesen wären", so die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, am Montag bei einer Diskussion zum Thema "Energiewirtschaft und Mobilität: Die Umweltfrage". Unter der Leitung Bayrs diskutierten Wolfgang Mehl (Klimabündnis Österreich), Andrea Schnattinger (Wiener Umwelthanwältin), Friedrich Pink (Wien Energie) und Hudson Uguejoma (Ogoniland/Nigeria). Solarenergie als alternative Energiequelle wurde von allen Anwesenden gelobt: "Solarenergie ist nicht privatisierbar und sehr demokratisch", so Bayr, die dies als Alternative zum Erdölabbau betrachtete.

Bayr sprach im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe besonders die Abholzung von Mangrovenwäldern in den betroffenen Gebieten und die damit einhergehende Veränderung der Küsten an. Die Mangrovenwälder sind oft touristischen Einrichtungen oder Shrimps- und Lebensmittelfabriken zum Opfer gefallen. "Man hat aber auch gesehen, dass arme Menschen noch viel schwerer mit der Katastrophe umgehen können. Das soziale und ökonomische Ungleichgewicht spielt auch hier eine große Rolle", so Bayr.

Uguejoma betonte, dass die Förderung von Öl in Nigeria zwar durchaus positive Investitionen mit sich gebracht habe, diese seien aber ausschließlich in den großen Städten passiert. In den ölfördernden Gebieten habe es für die Bevölkerung keine positiven Entwicklungen gegeben. "Das Leben der Menschen in diesen Regionen hat sich zumeist sogar verschlechtert. Die Luft ist verschmutzt, das Wasser ist kontaminiert", kritisierte Uguejoma. Auch Mehl stimmte aus seiner Erfahrung mit Ölförderung in Südamerika dieser Einschätzung zu. Die Bevölkerung vor Ort habe nichts vom Abbau. "Und zu ihrer Armut haben sie dann auch noch eine verschmutzte und vergiftete Umwelt", so Mehl.

Pink unterstrich, dass es auch für einen Energieproduzenten wie die WienEnergie von Bedeutung sei, Strom und Energie zu sparen und hob hier vor allem auch das Einspar- und Optimierungspotenzial bei bereits bestehenden Kraftwerken hervor. "Für den Kunden steht aber in aller erster Linie der Preis im Vordergrund", so Pink. Im Moment sei beispielsweise ein Biomassekraftwerk in Bau und ein Biogaskraftwerk in Planung, so Pink. Schnattinger zeigte auf, dass es in Wien eine Reihe von Aktivitäten gebe, die sich mit der Problematik auseinandersetzen. "Die Umwelthanwaltschaft setzt sich für erneuerbare Energien ein. Wichtig ist, dass wir uns gute Ziele setzen und diese auch möglichst vielen Menschen vermitteln", so Schnattinger. In den Städten sei das Problem schlechthin der Verkehr. Hier gebe es immer noch kaum beachtete Einsparmöglichkeiten, wie zum Beispiel beim Baustellenverkehr.

Auf die Frage Bayrs, welche Auswirkungen ein großer Umstieg auf die Sonnenenergie hätte, betonten sowohl Mehl als auch Uguejoma, dass ein solcher Umstieg auch für die ölproduzierenden Länder Afrikas und Südamerikas viele positive Folgen hätte. "Ein solcher Umstieg wäre hundertprozentig positiv zu sehen", so Uguejoma. Mehl verwies auch darauf, dass Solarenergie eine deutlich "demokratischere" Energieform sei. Auch Bayr hielt fest: "Solarenergie ist die Energie schlechthin. Sie ist nicht privatisierbar und sehr demokratisch."

Abschließend hielt Bayr fest: "Es muss uns klar werden, dass wir alle nur in einer Welt, der einzigen, die wir haben, leben. Bis heute gibt es kaum geschützte Rechte auf Umwelt oder soziale Rechte. Die Menschen am Äquator müssen unsere Umweltsünden besonders stark ausbaden. Ich hoffe, dass alle dazu beitragen wollen, dass auch unsere Enkel noch eine Welt haben, die bewohnbar bleibt." (Schluss) js

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: (+43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***